LZ-Rheinland

Artikel vom 12.11.2025 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 00:39 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/ein-buendel-fuer-weniger

Ein Bündel für weniger



Foto: Detlef Steinert

Reduktionsstrategie Pflanzenschutz offiziell vorgestellt

„Dass wir nicht auf Ordnungsrecht setzen, liegt daran, dass man den Bauern auch einmal Vertrauen entgegenbringen muss“, betonte NRW-Agrarministerin Silke Gorißen am Montag auf dem Betrieb von Kreislandwirt Bernd Kneer in Wülfrath. Dort stellte sie gemeinsam mit Karl Werring, Präsident der Landwirtschaftskammer, die Reduktionsstrategie Pflanzenschutzmittel des Landes Nordrhein-Westfalen vor.

Zwei Wege, sieben Handlungsfelder

Deren Kern besteht im Wesentliche aus zwei Stoßrichtungen. Zum einen sollen die Flächen vergrößert werden, auf denen keine Pflanzenschutzmittel oder nur in geringem Umfang angewendet werden. Dabei helfen sollen beispielsweise Agrar-umweltmaßnahmen, wie etwa die Förderung von vielfältigen Fruchtfolgen, Blühstreifen oder Brachen, sowie die Ausweitung des Ökolandbaus. Gorißen zufolge ist in NRW von 2023 auf 2024 die Ackerfläche, auf der keine Pflanzenschutzmittel angewendet wurden, um rund 13 000 ha angestiegen. Ein weiterer Fokus der Strategie liegt darauf, die Intensität des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln zu verringern. Dafür hat das Ministerium sieben Handlungsfelder identifiziert, in denen es gemeinsam mit der

Landwirtschaftskammer die landwirtschaftlichen Betriebe unterstützen will (siehe Kasten). Die Strategie soll Gorißen zufolge Versorgungssicherheit und Biodiversität unter einen Hut bringen: „Damit wir unsere Ernten sichern können und die Versorgung mit frischen und regional hergestellten Lebensmitteln garantiert bleibt, brauchen wir eine praxisorientierte und technisch moderne Lösung für einen punktgenauen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln."

Hintergrund der Strategie ist eine Vereinbarung, die Union und Grüne vor gut zweieinhalb Jahren in ihrem Koalitionsvertrag getroffen haben. Dabei hatten sich die Parteien darauf verständigt, keine spezifische, isolierte Verpflichtung zum Pflanzenschutz zu treffen, die zum Beispiel auf Wirkstoffmengen abgezielt hätte. Stattdessen wurde im Dialog mit Verbänden aus Landwirtschaft, Naturschutz oder Genossenschaften ein Konzept entwickelt, das auf Beratung und einen integrierten Ansatz setzt. Kammerpräsident Werring erinnerte daran, dass schon die Festlegung eines Referenzjahres problematisch ist, da nasse Jahre oft mit einem höheren Krankheitsdruck einhergehen und man in trockenen Jahren „so gut wie gar nichts braucht". So käme es auch jetzt darauf an, angepasst an Standort und mit Rücksicht auf wechselnde Bedingungen auf dem Feld reagieren zu können. „Da kann sich minütlich etwas ändern", sagte Werring und unterstrich damit, dass es aus seiner Sicht keine starren Vorgaben geben dürfe. Für ihn fügt sich die Strategie dagegen „nahtlos in die Bestrebungen der Kammer zu einer individuellen und gezielten Beratung" ein.

Kein Geld on top

Um die Strategie umzusetzen, will das Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz (MLV) in erster Linie vorhandene Förderprogramme einsetzen. So sollen etwa im Rahmen des Agrarinvestitionsförderungsprogramms modernste Techniken und Anwendungen gefördert werden, die auf der künstlichen Intelligenz (KI) aufbauen. Genannt wurden beispielsweise Drohnen mit GSP-gestützter Erkennung von Unkraut, Spotspraying-Pflanzenschutzgeräte oder kameragestützte und/oder autonome Hackmaschinen. Außerdem hofft man darauf, dass Förderungen von Umweltleistungen im Rahmen der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik bestehen bleiben und günstigstenfalls noch ausgebaut werden. Mit „zusätzlichen Mitteln on top" ist laut Aussagen aus dem MLV jedoch nicht zu rechnen.

Sowohl Gorißen als auch Werring wiesen eindringlich darauf hin, dass es nicht nur darum gehe, bekannte Bedrohungen im Ackerbau zu meistern. Mit Verweis auf den Klimawandel sei auch mit neuen Bedrohungen zu rechnen. Als Beispiel wurde etwa die Schilf-Glasfügelzikade angeführt. Was auf die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen zukommen könnte, sehe man in den südlichen Bundesländern. „Ein engmaschiges Monitoring ermöglicht eine gezielte Terminierung von Maßnahmen", erläuterte Werring. Gorißen verwies in dem Zusammenhang aber auch darauf, dass weiterhin Anpassungen gebraucht werden. Auch müsse man „über neue Wirkstoffe nachdenken", dabei würde Brüssel eine Rolle spielen, aber auch der Bund.

ds